

Auch zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer im Herbst 1989 wird erneut – oder noch immer – die Frage aufgeworfen, warum die Bundesregierung damals so wenig auf die Situation einer deutschen Wiedervereinigung vorbereitet war, vor allem mit Blick auf die Beurteilung der wirtschaftlich-sozialen Lage in der DDR. Gab es keine verwendbaren Forschungsunterlagen in den Bonner Ministerien, insbesondere im Innerdeutschen Ministerium, auf die man hätte zurückgreifen können? Wollte man vorhandenes Material nicht heranziehen, oder hat die damalige Ministerin Wilms entsprechende Unterlagen zurückgehalten, weil sie von Bundeskanzler Kohl nicht angefordert wurden, wie es der ehemalige Bundeskanzler Schmidt in einem Interview (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Dezember 2008) annimmt?

Angesichts dieser etwas merkwürdig anmutenden These erscheint es sinnvoll, der Frage nachzugehen, inwieweit es im Gesamtdeutschen/Innerdeutschen Ministerium im Laufe der Jahrzehnte eine Förderung von Deutschlandforschung zur Vorbereitung einer deutschen Vereinigung gegeben hat.

Kritische Analysen

Im März 1952 wurde von Bundesminister Jakob Kaiser (CDU) im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ gegründet. Er hatte die konkrete Zielsetzung, auf wissenschaftlicher Basis Be-

ichte und Analysen zu erarbeiten über die wirtschaftliche und soziale Lage in der DDR. Weiter sollte er Szenarien entwickeln über notwendige politische und sachliche Maßnahmen, die im Falle der Wiedervereinigung sofort oder innerhalb eines Jahres zu ergreifen seien.

Der Forschungsbeirat bestand aus renommierten Wissenschaftlern verschiedener Fachrichtungen, aus Vertretern der öffentlichen Hand und der politischen Parteien beziehungsweise der Bundestagsfraktionen; er umfasste mehrere Fachausschüsse. Bis 1969 erschienen auch regelmäßig entsprechende Berichte und Empfehlungen. Beiläufig sei hier erwähnt, dass der Forschungsbeirat schon in einer Analyse des Jahres 1965 für den Fall der Wiedervereinigung einen langen wirtschaftlichen Übergangsprozess prognostizierte.

Der Forschungsbeirat stand der DDR als einem totalitären Staat kritisch gegenüber, er stellte die Staatsordnungen von DDR und Bundesrepublik keineswegs wertneutral gleichberechtigt nebeneinander. Für den Fall der Wiedervereinigung setzte er eine freiheitlich-demokratische Ordnung von Staat und Gesellschaft für alle Deutschen als selbstverständlich voraus. So verwundert es nicht, dass der Forschungsbeirat von der DDR scharf attackiert wurde.

Diese klare ordnungspolitische Position entsprach aber wohl auch nicht mehr den neuen ost- und deutschlandpolitischen Zielvorstellungen, die von Minister Herbert Wehner (SPD) in der Großen Ko-

alition (1967 bis 1969) eingeleitet wurden und die sich in der SPD/FDP-Koalition ab 1969 durchsetzten. In der Deutschlandforschung wurden jetzt neue Akzente gesetzt.

Ab Ende der 1960er-Jahre erschienen im Ministerium keine konkreten Empfehlungen zur Wiedervereinigung mehr, sondern mehr oder weniger wertfreie Analysen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage in der DDR und über die Beziehungen und das Nebeneinander der beiden Staaten in Deutschland. Die Arbeit des „Forschungsbeirats für die Wiedervereinigung“ wurde wegen seines bisherigen methodischen Ansatzes und wohl auch wegen seiner politischen Einstellung mehr und mehr zurückgedrängt, seine Arbeitsmöglichkeiten wurden zunehmend eingeschränkt; im April 1975 löste Bundesminister Egon Franke (SPD) ihn förmlich auf.

Verschiedene Strömungen

Mit ausschlaggebend für seine Auflösung war ohne Zweifel auch die wachsende, vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) – so die neue Bezeichnung seit 1969 – nun bevorzugt geförderte neue Forschungsrichtung der „DDR-Forschung“ und „vergleichenden Deutschlandforschung“. Sie wurde von einer jüngeren Forschergeneration betrieben, wobei insbesondere die Namen des Politologen Peter Christian Ludz und des Soziologen Ernst Richert zu nennen sind. Wissenschaftler dieser Richtung verschrieben sich einer mehr wertfreien Analyse der Strukturen in beiden Staaten in Deutschland. Sie vermieden möglichst politische Werturteile, betrieben also auch keine Totalitarismuskritik mehr, die damals generell wissenschaftspolitisch aus der Mode gekommen war, und bevorzugten eine stärker „systemimmanente“ Betrachtungsweise. Damit entsprachen sie auch der neuen Politik in der sozialliberalen Koalition, die von der

Existenz zweier gleichberechtigter deutscher Staaten ausging.

Die wissenschaftlichen Arbeiten von Peter Christian Ludz und seinen Schülern wurden vom Ministerium bevorzugt gefördert; so erschien zum Beispiel 1975 von Ludz das *DDR-Handbuch* gleichsam als Standardwerk über die DDR. Auch die *Materialien zur Lage der Nation* 1971, 1972, 1974 wurden maßgeblich von Ludz bearbeitet. In den 1970er-Jahren berief Minister Franke einen „Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung“. Dieser legte 1978 Ergebnisse und Empfehlungen zum Stand der DDR-Forschung und der vergleichenden Deutschlandforschung vor, verfasst von Ludz. Das BMB richtete zudem einen Nachwuchsförderpreis, den „Ernst-Richert-Preis“, ein, um das Interesse jüngerer Wissenschaftler an der DDR-Forschung zu wecken. Er wurde für wissenschaftliche Analysen über einzelne Lebens- und Sachgebiete in der DDR verliehen.

Unbehagen über die einseitige finanzielle und politische Förderung der systemimmanenten DDR-Forschung machte sich allerdings in den 1970er-Jahren in der Wissenschaft breit. In bewusster Distanz zu den „DDR-Forschern“ gründete sich 1978 in Berlin die unabhängige „Gesellschaft für Deutschlandforschung“ unter Leitung von dem Nationalökonom Karl C. Thalheim, der Wissenschaftler mehrerer Disziplinen, aber auch Publizisten angehörten. Hier legte man bewusst Wert auf pluralistische Forschungsansätze und auf eine auch kritischere Betrachtung der DDR unter dem Aspekt von Freiheit und Demokratie. Diese Gesellschaft stieß bei vielen DDR-Forschern wie im BMB auf wenig Begeisterung. Erst nach einem Zögern wurde die Gesellschaft von Minister Franke auch in eine finanzielle Förderung einbezogen. Das Schwergewicht der Forschungsförderung durch das BMB lag aber bis zum Ende der SPD/FDP-Koalition 1982 auf der DDR-Forschung.

Nach dem Regierungswechsel zur CDU/CSU/FDP-Koalition 1982 und vor allem nach der Wahl 1983 betonte Bundeskanzler Kohl in seinen Regierungserklärungen, dass er an den Ost- und Deutschlandverträgen festhalten wolle, dass er beabsichtige, die innerdeutschen Beziehungen im Sinne eines Zusammenhalts der Nation und einer Begegnung der Menschen in Deutschland zu erhalten und zu intensivieren. Das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit stehe für seine Regierung immer im Vordergrund aller Bemühungen.

Erweiterte Themenpalette

Im BMB kam es unter den Bundesministern Rainer Barzel und Heinrich Windelen (beide CDU) zunächst nicht zu einem neuen Gesamtkonzept für die Forschungsförderung, weil andere Handlungsfelder im Vordergrund standen. So wurde zum Beispiel die deutschlandpolitische Bildungsarbeit, auch im Verbund mit den Ländern und der Kultusministerkonferenz, sehr ausgebaut. Im Rückblick lässt sich sagen, dass eine neue Forschungsstrategie ab 1982/83 ohne Zweifel hilfreich gewesen wäre für einen schnelleren Umbau der Förderung in der Deutschlandforschung. Minister Windelen sah damals aber keinen direkten Anhaltspunkt für eine neue Forschungsstrategie und den Neubeginn eines Forschungsbeirats zur Wiedervereinigung; denn diese war Anfang der 1980er-Jahre auch angesichts der internationalen Lage kein Thema konkreter operativer Politik. Aber die deutschlandpolitische Themenpalette in der Forschung wurde erweitert, so zum Beispiel auf zeitgeschichtliche Zusammenhänge in der deutschen Frage. Es wurden wissenschaftliche Arbeiten zur mehr kritisch vergleichenden Darstellung wichtiger Lebensbereiche in der DDR und in der Bundesrepublik vorbereitet. Seit 1983 wurde auch die „Gesell-

schaft für Deutschlandforschung“ verstärkt gefördert neben den Tagungen der „DDR-Forschergruppe“.

1986 berief Windelen eine „Wissenschaftliche Kommission des BMB“ unter Leitung von Karl C. Thalheim. Diese Kommission sollte zu vorgegebenen Themen *Materialien zur Lage der Nation* erarbeiten lassen. 1987 legte Windelen dem Deutschen Bundestag einen ersten Materialien-Band seit 1974 vor über die „Wirtschaftliche und soziale Lage in der DDR und BRD seit 1970“, an dessen Erarbeitung auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, beteiligt war. Er diente als Unterfütterung des Berichts von Bundeskanzler Kohl zur „Lage der Nation im geteilten Deutschland“ im Bundestag; dieser Textzusatz wurde übrigens erstmals seit Anfang der 1970er-Jahre wieder von Kohl eingeführt.

Im März 1987 wurde ich von Bundeskanzler Kohl als Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen berufen und wandte mich im neuen Amt unter anderem bald der Forschungsförderung zu, die mich als bisherige Ministerin für Bildung und Wissenschaft besonders interessierte. Mitte 1988 veranlasste ich die Gründung eines „Arbeitskreises Deutschlandforschung“ mit dem strategischen Ziel, die Förderung der wissenschaftlichen Deutschlandforschung im Ministerium thematisch breiter, etwa im Sinne gemeinsamer deutscher Rechts-, Kultur- und Geistesgeschichte, und wissenschaftstheoretisch pluraler anzulegen. Dazu wurden Wissenschaftler aus vielen Wissenschaftsbereichen berufen, junge Wissenschaftler sollten bevorzugt herangezogen werden. Zwei Kongresse fanden in diesem Sinne statt, der letzte am Tag des Berliner Mauerfalls 1989 im Reichstagsgebäude.

Anfang 1989 legte der Leiter der „Unabhängigen wissenschaftlichen Kommission des BMB“, Eckhard Klein, eine deutschlandpolitische Untersuchung vor:

Bürger und Staat. Im Sommer 1989 folgte eine weitere Untersuchung unter dem Titel *Vergleich der Bildungssysteme in DDR und BRD* von dem Pädagogen Oskar Anweiler. Beide Materialien sollten in den *Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland* im Bundestag einfließen; dazu kam es aber nicht mehr. Auch war ein Nachwuchsförderpreis für die Deutschlandforschung für das Jahr 1990 vorgesehen. Über alle diese Planungen gingen die politischen Ereignisse des Herbstes/Winters 1989/90 hinweg.

Aber eines darf hier nicht übersehen werden: So wichtig und interessant die Forschungsergebnisse für eine deutschlandpolitische Fachdiskussion im Einzelnen auch waren, so wenig konnte man die meisten von ihnen als Grundlage für eine Wiedervereinigung nach Artikel 23 Grundgesetz ansehen, die sich 1990 durch den Beitritt der neuen Bundesländer, also dem Gebiet der bisherigen DDR, zum Geltungsbereich des Grundgesetzes in Freiheit vollzog. Dieser Weg entsprach dem politischen Willen der frei gewählten Volkskammer und Regierung der DDR, um damit den Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in Staat und Gesellschaft auf dem Gebiet der alten DDR zu gewährleisten.

Verfälschte Ergebnisse

In den meisten vorangegangenen Forschungsarbeiten war die totalitäre Ordnung in der DDR mit ihren fehlenden Freiheitsrechten für die Bürger als Ausgangspunkt für die Analyse entweder politisch gewollt oder resignierend oder gleichgültig hingenommen worden. Nicht wenige Medien hatten in diesen Jahren in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zudem das Ihrige getan, dass viele Menschen in der Bundesrepublik aus Begeisterung für die Entspannungspolitik und gute Beziehungen zur DDR die Augen vor Missständen und Freiheitsbegrenzungen in der DDR schlossen.

Eine andere Tatsache wird vielfach aus den Augen verloren: Die Wissenschaftler ebenso wie die Mitarbeiter der Bonner Ministerien waren in ihren Faktenksammlungen angewiesen auf das, was der SED-Staat an Daten und Statistiken veröffentlichte. So gaben die meisten der vorgelegten DDR-Analysen zwar einen Blick frei auf Strukturen und Situationen in der DDR, aber immer nur auf der Grundlage dessen, was die DDR selbst vorher veröffentlicht und an Daten preisgegeben hatte. Auch die in den 1980er-Jahren zunehmenden Begegnungen zwischen Wissenschaftlern aus der DDR und der Bundesrepublik sind nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt zu bewerten, dass nur ausgesuchte Reisekader der DDR den Weg zu Kongressen und Tagungen im „nicht sozialistischen Ausland“ nehmen durften. Ob diese immer die tatsächliche Lage in der DDR schilderten?

Kritische Geister ahnten es schon vor 1989, heute wissen wir es: Die amtlichen Statistiken der DDR waren oft geschönt, zum Teil gingen sie von nicht definierten Ausgangspositionen aus. Gerade für den internationalen Gebrauch wurden sie oft im Sinne des Systems „korrigiert“, sodass im Ausland ein falsches, ein allzu optimistisches Bild von der DDR und ihrer wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Lage entstehen musste; dies gilt übrigens auch für Statistiken der OECD. Die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ (1992 bis 1994) ist gerade dieser Problematik intensiv nachgegangen und kam zu einem vernichtenden Urteil über die Glaubwürdigkeit der DDR-Statistiken (Auswertungsbericht Band II/1, S. 638 ff). Wir wissen heute, dass es früher in der DDR auch vorkam, selbst die SED-Führung nicht so genau über die wahre Situation im Lande zu informieren, wenn dies inopportun erschien.

Spitzenbeamte der damaligen Bundesregierung, die an den bilateralen innerdeutschen Fachverhandlungen über die Vereinigung im Laufe des Jahres 1990 beteiligt waren, berichten noch heute darüber, mit welchen ihnen bis dahin völlig unbekannten Zahlenbildern über die desolate Lage in der DDR sie in den Einzelverhandlungen von ihren Gesprächspartnern häufig überrascht wurden!

Unwägbare Entwicklungen

Das historische Ereignis der Vereinigung Deutschlands war sowohl von seinem Zeitpunkt als auch von seinen Rahmenbedingungen (so zum Beispiel Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz statt einer neuen gemeinsamen Verfassung nach Artikel 146 Grundgesetz) nicht vorhersehbar und in seinem Vollzug 1989/90 auch nur sehr begrenzt nach vorgegebenen Plänen steuerbar angesichts des stürmischen Drängens der Menschen in der DDR nach Freiheit, Einheit und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und angesichts der massiven außenpolitischen Unwägbarkeiten. Die vom BMB geförderten vorhandenen Forschungsunterlagen der vergangenen Jahre hatten diese Perspektive nicht vorausgesehen und auch nicht voraussehen können!

Aus alldem wird deutlich, dass es kaum möglich war, gleichsam vorausschauend exaktes Datenmaterial über die tatsächliche wirtschaftliche, finanzielle und soziale Lage in der DDR als Unterlage für einen Beitritt der neuen Bundesländer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zu gewinnen. Die meisten Bonner Ministerien hatten jeweils ihre spezifischen Unterlagen über die DDR, allein schon als Grundlage für die bestehenden innerdeutschen fachbezogenen Beziehungen. Diese brachten sie ein in die Verhandlungen mit den Vertretern der frei gewählten DDR-Regierung und Volkskammer; für alle Unterlagen galten aber zunächst die oben erwähnten Einschränkungen. Auch das BMB hat seinen Sachverstand in die Verhandlungen mit eingebracht, vielleicht war dabei sogar die eine oder andere vom BMB geförderte Forschungsarbeit hilfreich. Aber gezielt auf die deutsche Vereinigung nach Artikel 23 Grundgesetz bezogene Forschungsunterlagen gab es gewiss nicht – und konnte es auch nicht geben! Ereignisse von der historischen Dimension wie die deutsche Wiedervereinigung lassen sich eben nicht vorausplanen!

Angst vor der Stasi

„Am wenigsten überrascht von den Enthüllungen über Karl-Heinz Kurras, den Polizisten, der Ohnesorg 1967 erschoss und dessen Stasi-Mitarbeit jüngst bekannt wurde, wäre wahrscheinlich Rudi Dutschke gewesen. Dutschke, der ebenso wie Bernd Rabehl aus der DDR geflohen war, hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er die DDR für eine autokratische Fehlentwicklung des Sozialismus gehalten hat. [...] In den Jahren nach dem Attentat hat er in seinen Tagebüchern und in Briefen an seine Frau immer wieder die Befürchtung geäußert, dass er durch einen Anschlag der Stasi beseitigt werden könnte. Überraschenderweise – oder eben gar nicht überraschend – ist die DDR-kritische Seite von Dutschkes Befreiungs-Ideologie in der westdeutschen Linken nie populär geworden. Sie stand unter dem Verdacht des Nationalismus.“

Peter Schneider am 25. Mai 2009 im SPIEGEL